

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/120

Bad Godesberg, den 28. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Junge Sozialdemokraten zum Festival in Sofia</u> Von Peter Corterier, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD	46
2	<u>Erfreuliche Bilanz</u> Nach der Skandinavienreise des Bundesaußenministers	41
3	<u>Hochbegabtenförderung</u> Zum Jahresbericht der Friedrich-Loebl-Stiftung	34
4 - 5	<u>Mitteldeutscher Alltag</u> Süd- <u>Reise nach Leipzig</u>	65
5	<u>Frankfurter Buchmesse ohne DDR-Verlage</u> Folgen einer bedauerlichen Entscheidung	24
6	<u>Ausweichventil für spanische Gastarbeiter</u> Europa bremst Zuzug - Im Lande Vollbeschäftigung nicht gewährleistet Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	48

Junge Sozialdemokraten zum Festival in Sofia

Von Peter Corterier,

stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

Der Bundesausschuß der Jungsozialisten hat beschlossen, im Sommer 1968 zusammen mit den Falken und dem Sozialdemokratischen Hochschulbund eine Delegation zu den "Weltfestspielen der Jugend und Studenten" (auch als Festival bekannt) zu entsenden. Damit beteiligen wir uns zum ersten Mal an dieser in Sofia veranstalteten Begegnung. Die letzten Festivals fanden 1959 in Wien und 1962 in Helsinki statt. Die Jungsozialisten waren in Rahmen der Sozialistischen Jugendinternationale dort vertreten, hatten jedoch keinen offiziellen Teilnehmerstatus. 1962 erhoben wir dann die Forderung - um wirklich neutral und frei von jeder einseitigen Steuerung zu sein -, ein Weltjugendtreffen unter neutraler Führung, etwa der UNO, zu organisieren. Daraus ist bis jetzt jedoch leider nichts geworden.

Wenn wir uns nun direkt am Festival beteiligen, so machen wir uns über seinen Charakter und die Funktion, die ihm zgedacht ist, keinerlei Illusionen. Wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, aber wir wollen den ehrlichen Versuch unternehmen, trotz aller Schwierigkeiten auch in Sofia unsere Meinungen vorzubringen und zur Diskussion zu stellen. Vor die Wahl zwischen einem Beobachterstatus und der vollen Teilnahme gestellt, entschieden wir uns für die direkte Teilnahme, weil wir nur als Teilnehmer von den Organisatoren des Festivals volle Rede- und Bewegungsfreiheit fordern können. Wir werden dort mit vielen Jugendlichen aus den Entwicklungsländern zusammentreffen, die in der Mehrheit durchaus keine Kommunisten sind. Wir werden aber auch unter den 30 000 Teilnehmern des Festivals sehr viele Jugendliche aus den kommunistisch regierten Staaten Ost- und Mitteleuropas treffen, mit denen zu diskutieren sich für beide Seiten gewiß lohnt.

Auch auf diesem Treffen gilt, was die neue deutsche Ostpolitik postuliert hat: Wir dürfen es nicht der Gegenseite überlassen, Deutschland an dem einen oder anderen Orte allein zu repräsentieren, sondern wir müssen überall selbst unseren Willen zu einer konsequenten Friedenspolitik deutlich machen.

Wir gehen nicht als Störer oder Provokateure aufs Festival, wir werden uns jedoch auch nicht auf den Status einer Claque für einseitige Propagandaktionen reduzieren lassen.

Die drei sozialdemokratischen deutschen Jugendorganisationen sind auf ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet die größten Verbände. Mit ihrer offiziellen Beteiligung am Festival wird somit ein neuer Akzent gesetzt. Wir hoffen, daß sich auch andere Verbände unserem Beispiel anschließen. Wir erheben zwar nicht den Anspruch, die ganze Jugend der Bundesrepublik zu vertreten, durch unsere Beteiligung wird jedoch die Bundesrepublik zum erstenmal durch repräsentative Organisationen vertreten sein. Wir werden unseren Wunsch zur Teilnahme daher direkt beim internationalen Vorbereitungskomitee des Festivals in Sofia anmelden und hoffen, daß in den Verhandlungen mit dem Komitee bald eine beide Seiten befriedigende Vereinbarung über unseren Status im Rahmen des Festivals gefunden werden kann.

Erfreuliche Bilanz

Nach der Skandinavienreise des Bundesaußenministers

Der Besuch von Bundesaußenminister Willy Brandt in den skandinavischen Staaten kann als ein wichtiger Schritt zur weiteren und besseren Zusammenarbeit zwischen den besuchten Ländern und der Bundesrepublik gewertet werden. Dieser Besuch war notwendig, denn allzu oft hat man in der Vergangenheit in der Bundesrepublik vergessen, wie vielfältig die Einflußmöglichkeiten gerade der skandinavischen Staaten auf dem Felde der internationalen Politik sind.

Es waren skandinavische sozialdemokratische Ministerpräsidenten und Außenminister, die stets, auch bei ihren Besuchen in den Ostblockländern, den Standpunkt der Bundesrepublik zum Deutschlandproblem und zu vielen Fragen der internationalen Politik öffentlich vertreten haben.

Daß Bundesaußenminister Willy Brandt die Landessprachen der skandinavischen Länder spricht und mit den meisten ihrer führenden politischen Persönlichkeiten persönlich befreundet ist, hat auch bei seinen jüngsten Besuchen ein eigenes Gewicht gehabt. Die skandinavische Presse, Fernsehen und Rundfunk, widmeten den Darlegungen Brandts zur deutschen Politik breiten Raum, wodurch erneut in der skandinavischen Öffentlichkeit die Übereinstimmung zwischen der deutschen und der skandinavischen Haltung in vielen Problemen unterstrichen werden konnte.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Bundesaußenminister als wichtiges praktisches Ergebnis seiner Skandinavien-Reise die Zusicherung mitbringen konnte, man werde in Zukunft ein System kontinuierlicher Konsultationen einführen, um auf diese Weise den Kontakt zwischen der Bundesrepublik und den skandinavischen Staaten nutzbringend zu gestalten.

Dies ist deswegen von Bedeutung, weil der Bundesaußenminister und Wirtschaftsminister Professor Karl Schiller in den nächsten sechs Monaten den Vorsitz im EWG-Ministerrat in Brüssel übernehmen werden. In dieser Zeit stehen Entscheidungen an, die wohl zu den wichtigsten seit Bestehen der EWG gehören. Großbritannien, Irland und Dänemark haben den offiziellen Aufnahmeantrag an die EWG gestellt. Norwegens Antrag dürfte bevorstehen. Aber auch Island, Schweden und, in gewissem Maße, auch Finnland tendieren zu einer engeren Zusammenarbeit mit der EWG.

Die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den skandinavischen Staaten dürfte daher wohl bald über bisher schon gemeinsam entwickelte Projekte hinaus eine Erweiterung von noch größerer internationaler Bedeutung finden.

Hochbegabtenförderung

Zum Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung

sp - Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat jetzt ihren Bericht über die "Hochbegabtenförderung" für das Jahr 1966 vorgelegt. Von der Stiftung werden deutsche und ausländische Studenten materiell und ideell betreut.

Die materielle Betreuung gliedert sich in die "Studienförderung bis zum ersten berufsbefähigenden Examen" und in die "Graduierten-Förderung". Die letztere wird aus einem Fond des Volkswagenwerkes bestritten. Die in die Studienförderung eingeschlossenen Studenten erhalten in der Regel ein Stipendium in Höhe von monatlich 290 DM, zuzüglich eines Büchergeldes von 60 DM monatlich. 274 Studenten erhielten 1966 in dieser "Studienförderung" ein Stipendium. Durch die "Graduierten-Förderung" wurden 120 Studenten betreut. Insgesamt waren somit 394 Studenten in diese materielle Betreuung eingeschlossen.

Von diesen 394 Studenten waren 67 weibliche und 327 männliche Stipendiaten. Etwa 17 Prozent von ihnen hatten die Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg erlangt.

Im gleichen Jahr wurden 183 ausländische Studenten materiell und ideell betreut. 158 erhielten ein Stipendium in Höhe von monatlich 350 DM und ein Büchergeld von 50 DM. 25 ausländische Studenten wurden in die ideelle Förderung aufgenommen. 86 Stipendiaten kamen aus asiatischen, 41 aus afrikanischen, 19 aus Ländern Lateinamerikas und 36 Studenten kamen aus europäischen Entwicklungsländern (Griechenland, Jugoslawien, Portugal und Spanien).

Während der ideellen Betreuung erhalten die Studenten Einladungen zu Seminaren, auf denen bestimmte Themenkreise erarbeitet werden. Ein Blick auf die Seminarprogramme und die regionalen Treffen der Stiftung zeigen, daß auf politische Bildung der von ihr geförderten Studenten große Bedeutung gelegt wird.

Wie der Geschäftsführende Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Alfred W a u , im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Berichtes über die Hochbegabtenförderung betonte, kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die meisten von der Stiftung betreuten Studenten in ihrer späteren Laufbahn wichtige Positionen in Wirtschaft oder Verwaltung ihrer Heimatländer einnehmen.

Mitteldeutscher Alltag

Judo-Reise nach Leipzig

Kürzlich reiste eine Sportgruppe der Universität Bonn zu einem Freundschaftskampf nach Leipzig. Nach fast einjährigen Vorbereitungen und Verhandlungen mit Sportfunktionären der Hochschule für Körperkultur in Leipzig wurde die Fahrt endlich Wirklichkeit. Die Reise war bei dem komplizierten Verhältnis, daß zwischen der Bundesrepublik und der DDR besteht, nicht nur ein sportlicher Ausflug. Die Reise wurde von den Bonner Studenten bewußt als "politische Informationsfahrt" vorgesehen.

Die erste Überraschung gab es an der Grenze. Ein Bonner Student besaß keine Aufenthaltsgenehmigung. Er mußte aus dem Zug aussteigen und sollte zurückfahren. Groß war das Erstaunen, als der Heimkehrer, zwei Stunden später als der Haupttrupp, in Leipzig eintraf. Die Verunft hatte über die Bürokratie gesiegt. Die Grenzer hatten ihm lächelnd das Tor geöffnet.

In Leipzig waren die Gäste im ersten Hotel untergebracht. Die Teilnehmer erhielten Einzelzimmer mit Radio, Telefon und Bad. Mit den Leipziger Studenten wurden dann teilweise recht harte Diskussionen geführt, wobei beide Seiten "hart" blieben. Zum Schluß konnten die gegensätzlichen Meinungen durch eine Kompromißformel überbrückt werden: Jeder respektierte die Auffassung der anderen Seite.

Den Bonner Studenten fiel während der Gespräche eine gewisse Übereinstimmung der DDR-Auffassungen, soweit sie von den Leipziger Studenten vertreten wurden, mit westdeutschen konservativen Staatsauffassungen auf. Das mag irritierend erscheinen, weil zwar die Inhalte dieser Meinungen verschieden sind, aber im formalen Denken, z.B. über die Rolle des Staates, gab es gewisse Übereinstimmungen.

Die Freiheit des Einzelnen, so wurde von den Leipziger Studenten argumentiert, müsse sich immer der Staatsraison unterordnen. Der Staat selbst wird als etwas Absolutes angesehen. Gammeler, Meckerer oder "andere destruktive Elemente" werden nicht geduldet, da fast alle Studenten Stipendien erhalten. Von ihnen wird die Unterstützung des Staates verlangt. Neutrale Räume sind unerwünscht. Konstruktive Kritik wird geduldet, teilweise gefördert, darüber hinausgehende Äußerungen werden unterbunden. Zum Unterschied von früher wandert der "Meckerer" nicht mehr ins Gefängnis. Die Methoden, Gegner zu bekämpfen, sind subtiler geworden. Überzeugungsarbeit wird anstelle von Bestrafung gesetzt. Hilft diese nicht, erfolgt die Streichung der Stipendien; es gibt Nachteile am Arbeitsplatz.

Letztes Jahr hatte es in Leipzig so etwas wie eine Beatledemonstration gegeben. Erfolg: Sämtliche "Musikanten" mußten einen ordentlichen Zweiteruf erlernen. Ein Teil der Anführer wurde ins Arbeitslager gesteckt. Manches erinnerte an Methoden, die sich auch bei uns einzubürgern scheinen. Vor kurzem hatten in Weimar einige Studenten einen "Offenen Brief" als Antwort auf einen "FDJ-Brief" veröffentlicht und im Institut verteilt. Der Erfolg: Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Verhöre. Es herrschte große Empörung. Als die Bonner Studenten von den Vorfällen berichteten, die sich anlässlich des Schah-Besuches abgespielt hatten: Hausdurchsuchungen, Verhöre und Festnahmen, war das Er-

stauren der Studenten nicht gering. Über diese Vorgänge waren sie nur ungenau unterrichtet.

Das Verhältnis zwischen den Sportlern war ausgesprochen herzlich. Beim Kampf hatten die Leipziger ihre Judojacken verkehrt herum angezogen. Auf die verdutzte Frage der Bonner nach dem Warum erhielten sie zur Antwort: "Auf der richtigen Seite befindet sich unser DDR-Emblem. Wir möchten Euch damit nicht ärgern. Also drehen wir die Jacken um." - Als die Bonner ohne Trainingsanzüge zum Kampf antraten, während die Leipziger in einheitlicher Kleidung erschienen, wurde witzelnd gesagt: "Na, ja, Ihr seid zwar arme Schweine, aber immerhin habt Ihr dafür Eure Freiheit." - Abschließend kann gesagt werden, daß manches besser, manches schlechter gewesen ist, als es die Bonner Studenten erwartet hatten. Auf alle Fälle ist fast alles anders, als es bei uns propagiert wird. Das kritische Denken der Besucher wurde gestärkt, aber auch gegenüber Phrasen, die bei uns zum täglichen Brot gehören. Vermerkt muß noch werden, daß die Leipziger siegten, während die Bonner nur mit zwei bescheidenen Einzelsiegen heimkehren konnten.

+ + +

Frankfurter Buchmesse ohne DDR-Verlage

Folgen einer bedauerlichen Entscheidung

sp - Der Leipziger Börsenverein hat seine Anmeldung, auf der Frankfurter Buchmesse 1967 auszustellen, zurückgezogen. Der Grund: Die Direktion der Frankfurter Buchmesse hat für elf Leipziger und Ostberliner Verlage die Beteiligung verweigert. Diese elf Verlage waren enteignet worden und die ehemaligen Eigentümer hätten ihre Stammhäuser nach der Bundesrepublik verlegt. Unter gleichen Namen existieren die Verlage in beiden Teilen Deutschlands weiterhin.

Daß die verlagerten Stammhäuser ihre Rechte wahren wollen, ist eine durchaus verständliche Haltung. Ob es jedoch ein glücklicher Entscheid der Messeleitung war, Rechtsfragen, die noch einer Klärung bedürfen, zu einer politischen Entscheidung zu machen, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, daß das komplizierte Verhältnis, das die Bundesrepublik zur DDR nun einmal hat, durch solche Entscheide nicht verbessert wird. Die ohnehin schwachen Bindungen, die in kultureller Hinsicht zu den Menschen hüben wie drüben bestehen, werden noch weiter eingeengt. Im Interesse des Ganzen hätten die westdeutschen Häuser, gemeinsam mit der Messeleitung einen Modus finden müssen, der eine deutliche Abgrenzung der Verlagsorte vorsah - und es hätte auch noch ein weiterer Hinweis erfolgen können, der besagte, daß die betreffenden westdeutschen Verlage alle ihre rechtlichen Vorkasse weiterhin zu wahren wünschen.

Unsere Welt besteht nur einmal, wenn sie koexistieren will, aus Kompromissen; ein solcher hätte gefunden werden müssen.

+ + +

Ausweichventil für spanische Gastarbeiter

Europa bremst Zuzug - Im Lande Vollbeschäftigung nicht gewährleistet

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Über 50 000 Spanier haben seit dem vergangenen Herbst die Bundesrepublik Deutschland verlassen, während der Chef der deutschen Anwerbestelle für Gastarbeiter in Madrid, Dr. Werner Gensjäger, noch "etwa 80 000 spanische Bewerber" in seiner Kartei führt, für die vorerst kaum eine Arbeitsgenehmigung für die Bundesrepublik erteilt werden dürfte. Frankreich, das einzige westeuropäische Land, das noch spanische Gastarbeiter in größerer Zahl aufnehmen kann, meldet für 1966 einen "merklichen Rückgang" spanischer Zuwanderer unter den etwas mehr als 200 000 Ausländern, die zwischen dem Elsaß und den Pyrenäen einen Arbeitsplatz gefunden haben.

In Spanien selbst kriselt es in den Automobilwerken, der Stahlindustrie und im Bergbau. Fast täglich taucht in der spanischen Presse das gefürchtete Wort von dem "expediente de crisis" auf, also dem Verfahren, das Massenentlassungen voranzugehen pflegt. Was wird werden, wenn mit der hochsommerlichen Touristenwelle ein neuer Rückstrom spanischer Gastarbeiter in die industriellen Ballungsräume zurückkehrt, bei denen die Frage von Wohnung und Arbeitsplatz zuweilen zum unlösbaren Problem wird?

Der Präsident des spanischen Auswanderungsamtes, Miguel Garcia de Saez, befürchtet Schlimmes: "Wenn die 1,4 Millionen spanischer Auslandsarbeiter auf einen Schlag zurückkommen, dann stehen wir vor der Katastrophe. Wir sind darauf noch nicht vorbereitet." - Der fündige Präsident weiß sich dennoch Rat, wenn er in Spaniens speziellem Falle auch teuer ist. Für die "Überschüssiger" spanischen Arbeitskräfte sollen neue Ventile geöffnet werden, wenn es nach den Plänen der Auswanderungsbehörde in Madrid geht.

Der australische Einwanderungsminister B.K. Snedden erhielt bei seinem jüngsten Spanien-Besuch auffallende Publizität und wurde von Staatschef Franco in Audienz empfangen. Im Namen seines Regierungschefs, Harold Holt überbrachte Snedden den australischen Wunsch nach "mehr spanischen Arbeitskräften". Die spanischen Behörden gaben der Auswanderung nach Australien wieder grünes Licht, seitdem sich Canberra verpflichtet hatte, spanische Einwanderer nicht mehr zum Militärdienst einzuziehen. Der Blutzoll, den Australien für unatsehbare Zeit im Vietnam-Krieg entrichten muß, veranlaßte Snedden, sich für spanische Arbeiter zu interessieren. "Von den '66 eingewanderten 12 855 Ausländern waren nur 500 Spanier, mit deren Arbeitsleistung wir hochzufrieden sind," verkündete Snedden und versprach spanischen Einwanderern die Überfahrt für sich und ihre Familienangehörigen "bis auf 3.000 Peseten" (etwa 200 DM) zu bezahlen. Arbeiter in der Metallindustrie sollen "Lohnlöhne von 66 Dollar bei niedrigen Lebenshaltungskosten" erhalten.

Die einflußreichen Unternehmerkreise nahestehende Zeitung "Madrid" empfahl die Auswanderung nach Argentinien für Arbeiter-Bauern, die landwirtschaftliche Betätigung mit einem Job in der Industrie verbinden wollen. "Der argentinische Zehn-Jahres-Entwicklungsplan bietet ungeahnte Chancen." - Mit dieser Werbung soll das Problem überschüssiger Arbeitskraft im Mutterlande gelöst werden.